



Stadtinfo Nr. 14
Oktober 2012

Marburg



Guten Tag.

Ich heiße Tanja Bauder-Wöhr, bin Stadtverordnete der *MARBURGER LINKEN* und Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Spätestens acht Tage nach jeder Stadtverordnetenversammlung möchte ich Ihnen, liebe Marburgerinnen und Marburger, immer mit unserem Flugblatt „DKP-Stadtinfo“ berichten, was dort so passiert ist. Vieles werden Sie schon aus der Presse erfahren haben. Ich selbst werde Ihnen dann meine Ansicht über die Themen vortragen, die ich selbst für besonders wichtig halte.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, wenden Sie sich bitte an mich. Ich bin leicht zu erreichen, zum Beispiel auch hier beim Flugblatt-Verteilen, über www.marburger-echo.de oder via Email: t.bauder@gmx.de

Machtspiele

Bereits letztes Jahr nahm die Debatte um die Teilbarkeit der Stelle von Wahlbeamt_innen seinen unheilvollen Verlauf. Warum die Genossen von SPD ihre Stadträtin, Frau Dr. Kerstin Weinbach, ohne Not demontierten, wird wohl ein Geheimnis des Stadtnebels bleiben. Eine Betrachtung der Ereignisse lohnt dennoch, schließlich wurde einiges offenbar, was aus Sicht der Akteure lieber unter der sprichwörtlichen Fußmatte geblieben wäre.

Immer deutlicher tritt die Uneinigkeit der beiden regierenden Fraktionen in Marburg, SPD und Grüne, zu Tage, fast kann man schon sagen, es gibt mehr Trennendes als Verbindendes. Weshalb es auch kaum verwunderte, dass in der Debatte, um die Stellenteilung hauptsächlich formaljuristische Gründe diskutiert wurden, als dass ein erkennbarer Wille auszumachen gewesen wäre, wie das Ziel der Familienverträglichkeit bei Wahlbeamt_innen erreicht werden könnte. Interessanterweise konnte man auch beobachten, wie sich vor und hinter den Kulissen machtpolitische Gespräche zwischen CDU und Grünen anbahnten. Eine Koalition aus CDU und Grünen existiert seit längerem im Kreis. Aus deren Sicht könnte es sich hierbei deshalb wohl auch in der Stadt Marburg um eine praktikable Option handeln. Doch noch liegen zwei Wahlkämpfe unmittelbar vor uns, einmal die Bundestagswahl und direkt im Anschluss die Landtagswahl in Hessen, und solange wird der Ball wahrscheinlich flach gespielt.

Dass die bevorstehenden Wahlen ihre Schatten auch anderweitig vorauswerfen, konnte man in der Debatte um die Wohnungspolitik, insbesondere bei der Diskussion zur Schaffung sozialen Wohnraums bemerken. Zumindest in den Diskussionsbeiträgen war man sich weitgehend einig, dass auf dem Sektor der sozialen Wohnungspolitik in nächster Zeit einiges bewegt werden müsse. Tatsächlich gingen SPD und Grüne oftmals auf die richtigen Forderungen der *MARBURGER LINKEN* ein. Unter anderem haben wir zwei Anträge und eine große Anfrage, mit dem Ziel den Marburger Wohnungsmarkt zu entspannen, eingebracht. Unsere Positionen wurden zwar in der Diskussion inhaltlich meist geteilt – in der Abstimmung war hiervon jedoch

meist bedauerlicherweise nichts mehr zu merken.

Zumindest folgte die Mehrheit des Stadtparlaments einem unserer Anträge, in welchem wir forderten, frei werdende Flächen auf dem Vitos-Gelände, durch die Marburger Wohnbaugesellschaften zu erwerben, um dort sozialen Wohnraum zu schaffen.

Keine Zustimmung fand etwa ein von uns eingebrachter Antrag zum bereits begonnen Umbau des in der Uferstraße gelegenen ehemaligen KreisJobCenters. In diesem Antrag hatten wir den Magistrat aufgefordert, den versprochenen rollstuhlgerechten Wohnraum tatsächlich zu errichten. Denn hingegen der in den jeweiligen Ausschüssen vorgelegten Planungen werden dort eben nicht fünf barrierefreie Wohnungen geschaffen, sondern lediglich barrierearme, was bedeutet, dass diese nicht rollstuhlgerecht nutzbar sein werden. Hier zeigt sich, dass Vertrauen in die Magistratsvorlagen und die Hoffnung auf deren Umsetzung einmal mehr nicht angebracht ist. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall - wiederum bewahrheitet sich der oft zitierte Ausspruch Lenins: „Vertraue, aber prüfe nach“. Unsere Forderung die ursprüngliche Planungen der Magistratsvorlage einzuhalten und rollstuhlgerechten Wohnraum zu schaffen, wurde von Bürgermeister Kahle frech abgebugelt: aufgrund des fortgeschrittenen Umbaus könne die richtige und auch zugesicherte Forderung nach Barrierefreiheit nicht mehr eingehalten werden, weshalb der Antrag „erledigt“ sei. Wenn die ursprüngliche Aufgabe jedoch lautete dies für fünf Wohnungen umzusetzen, dann ist es eben nicht erledigt, sondern schlicht nicht erfüllt worden!

Auch sind SPD und Grüne nicht bereit, über eine Quersubventionierung im selben Gebäude nachzudenken, was die Möglichkeit eröffnen würde, dass in der Uferstraße nach baldigem Abschluss der Umbauarbeiten durch die GeWoBau, dort auch Menschen einziehen können, welche von Hartz IV betroffen sind. Wenn es nicht ausschließlich bei Lippenbekenntnissen bleibt, müssen jetzt Taten folgen, denn an ihren Taten sollt ihr sie messen, nicht an ihren Worten.

V.i.S.d.P.: DKP Marburg